

Vertreter von im Bereich der Stadt Köln wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen
Frau Anja Ritzen	SJD Die Falken
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Erika Weber	Sportjugend Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Biber Happe	FDP
Frau Doris Rost	auf Vorschlag von pro Köln
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
Frau Hildegard Fuhrmann	SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Dahm	GRÜNE
Frau Dr. Eva-Marie Fiedler	auf Vorschlag der FDP
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Ashkan Lange	auf Vorschlag der FDP

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Ulrich Bergmann	Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region.
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.

Für die Katholische Kirche

Frau Uta Radermacher

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Magnus Ringhandt	AK für das ausländische Kind e.V.
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erziehverband e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Benjamin Warnecke	auf Vorschlag der pro Köln
------------------------	----------------------------

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe

Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
-----------------	----------------------------------

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Niederschriften**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.2 Neue Anfragen
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Vorlagen der Verwaltung**
 - 5.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 20.800 Plätze
0804/2010
 - 5.2 Ganztagsangebote - Fortführung des bestehenden Angebotes für 18.800 Schüler und Schülerinnen im Primarbereich sowie Fortführung des Angebotes für 173 Gruppen im Sekundarbereich I
1243/2010
- 6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**
 - 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
 - 6.2 Mitteilung der Vorsitzenden
 - 6.3 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Anfragen**
- 8 Verschiedenes**
 - 11.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

I. Öffentlicher Teil

1 Niederschriften

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

2 Gleichstellungsrelevante Themen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

3.1 Frühere Anfragen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

3.2 Neue Anfragen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

5 Vorlagen der Verwaltung

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

5.1 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 20.800 Plätze

0804/2010

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Über die Punkte der Beschlussvorlagen wird zunächst im Einzelnen abgestimmt:

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den 2.000 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den Offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Kenntnis und

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
13	0	0

2. beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2010/2011 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 20.800 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 820 Euro je Platz bzw. 1.660 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf belegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
13	0	0

3. Der Rat nimmt die Bereitstellung der Ganztagsplätze in 143 Grund- und 18 Förderschulen gemäß der in Anlage 1 dargestellten Ergebnisse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
13	0	0

0

4. Der Rat beschließt, dass zum Stellenplan 2010 die notwendigen zusätzlichen 0,69 Stellen Entgeltgruppe 5 in den Schulsekretariaten sowie 0,98 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2010/2011 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung dieser Stellen sind im Haushaltsjahr 2010 Mittel in Höhe von 34.345 Euro zu veranschlagen. Durch die Aufstockung der Stundenkontingente auf 0,92 Sekretariatsstellen und 1,31 Stellen im Bereich der Beitragsfestsetzung zum Schuljahr 2011/2012 sind im Haushaltsjahr 2011 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 97.547 Euro und ab dem Haushaltsjahr 2012 jährlich in Höhe von 118.712 Euro zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung	
7 (SPD/Grüne Köln)		5 (CDU/FDP)	1 (pro)

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige, vorübergehende - auf den Hpl 2010/2011 bezogene - Reduzierung der freiwilligen Mittel um 5% berücksichtigt. Der zusätzliche Zuschussbedarf im Haushaltsjahr 2010 beträgt hierfür 552.985 Euro und in dem Haushaltsjahr 2011 insgesamt 1.174.430 Euro. Ab dem Haushaltsjahr 2012 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 1.313.190 Euro. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
7 SPD/Grüne 1 (pro Köln)		5 (CDU/FDP)

Abschließend wird die Beschlussvorlage in Gänze zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
8 SPD/Grüne/FDP 1 (pro Köln)		4 (CDU)

Jugendhilfeausschuss

Aufgrund des Sachzusammenhanges wird TOP 3.1.1 gemeinsam mit TOP 5.1 behandelt.

Frau Dr. Klein erläutert ausführlich die Intention der Verwaltung zur Einberufung der SoSi und beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Dr. Klein legt dar, dass mit der beabsichtigten Schaffung von 2000 zusätzlichen Plätzen ein Versorgungsgrad im Bereich der Grundschulen in Höhe von ca. 60 % erreicht wird.

Die Verwaltung schlägt eine Kürzung in Höhe von 5% der freiwilligen kommunalen Mittel vor. Dies bedeutet eine Kürzung des Gesamtbudgets um ca. 1,8 %.

Frau Dr. Klein empfiehlt den Trägern diese Einsparung im Bereich der Grundschulen aus den Sachmittelbudget und bezogen auf die ÜMI Betreuung im Sek. I Bereich aus der Anzahl der Gruppen zu generieren.

Frau Manderla unterstützt die Intention der Verwaltung den Ausbau der OGTS weiter voranzubringen, sie bedauert jedoch, dass der Haushalt noch nicht eingebracht worden sowie die vorliegende Kurzfristigkeit und schlägt vor die Entscheidung über die Beschlussvorlagen in den Finanzausschuss bzw. in den Rat zu schieben.

Herr Uckermann teilt mit, dass die Vorlagen keine Zustimmung der Fraktion Pro Köln finden.

Herr Philippi schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Klein an. Er signalisiert die Zustimmung der SPD Fraktion zu den eingebrachten Vorlagen und betont die Wichtigkeit eines Votums der beiden Fachausschüsse.

Frau Trappe-Nolden spricht sich für den Alternative-Beschlussvorschlag aus. Sie lehnt jegliche Kürzung in diesem Zusammenhang ab.

Folgendes Verfahren bei der Abstimmung zu Punkt 5.1 wird vereinbart:

- Abstimmung über den einzelnen Punkt der Vorlage
- Abstimmung über die „Alternative 5“

Alternative zu Nr. 5:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel auf der Basis der bisher gefassten Ratsbeschlüsse - d.h. ohne die in der Vorlage 1243/2010 dargestellte Kürzung von 5% - sicherzustellen. Der zusätzliche Zuschussbedarf im Haushaltsjahr 2010 beträgt hierfür 578.485 Euro und in dem Haushaltsjahr 2011 insgesamt 1.233.930 Euro. Ab dem Haushaltsjahr 2012 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 1.381.190 Euro.

Mit 9 Stimmen der SPD Fraktion, der Stimmen der CDU Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bei 3 Enthaltungen der Stimmen der der Trägern der freien Jugendhilfe gegen 1 Stimme der Fraktion Die Linken abgelehnt.

Beschluss:

6. Der Rat nimmt den 2.000 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den Offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Kenntnis und

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
13	0	0

7. beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2010/2011 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 20.800 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 820 Euro je Platz bzw. 1.660 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf belegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
13	0	0

8. Der Rat nimmt die Bereitstellung der Ganztagsplätze in 143 Grund- und 18 Förderschulen gemäß der in Anlage 1 dargestellten Ergebnisse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
13	0	0

9. Der Rat beschließt, dass zum Stellenplan 2010 die notwendigen zusätzlichen 0,69 Stellen Entgeltgruppe 5 in den Schulsekretariaten sowie 0,98 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2010/2011 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Zur Finanzierung dieser Stellen sind im Haushaltsjahr 2010 Mittel in Höhe von 34.345 Euro zu veranschlagen. Durch die Aufstockung der Stundenkontingente auf 0,92 Sekretariatsstellen und 1,31 Stellen im Bereich der Beitragsfestsetzung zum Schuljahr 2011/2012 sind im Haushaltsjahr 2011 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 97.547 Euro und ab dem Haushaltsjahr 2012 jährlich in Höhe von 118.712 Euro zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
6 (SPD/FDP Fraktion/	7 (freie Jugendhilfeträger/CDU Fraktion	0
	Bündnis 90/Die Grünen)	

10. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige, vorübergehende - auf den Hpl 2010/2011 bezogene - Reduzierung der freiwilligen Mittel um 5% berücksichtigt. Der zusätzliche Zuschussbedarf im Haushaltsjahr 2010 beträgt hierfür 552.985 Euro und in dem Haushaltsjahr 2011 insgesamt 1.174.430 Euro. Ab dem Haushaltsjahr 2012 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf dann auf insgesamt 1.313.190 Euro. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
-----------	-------------	-------------------

9 (SPD/FDP/CDU Fraktion) 3 (freie Jugendhilfeträger)
1 (Die Linke)

Abschließend wir die Beschlussvorlage in Gänze zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Ja	Nein	Enthaltung
11 (SPD/Grüne/FDP Linke) freie Jugendhilfetr.)	1 (CDU)	1 (Die)

Abstimmungsergebnis:

5.2 Ganztagsangebote - Fortführung des bestehenden Angebotes für 18.800 Schüler und Schülerinnen im Primarbereich sowie Fortführung des Angebotes für 173 Gruppen im Sekundarbereich I
1243/2010

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Punkte 1-3 sowie 5-6 der Vorlage gemeinsam; zu Punkt 4 wird ein Änderungsantrag eingebracht, der Ausschuss beschließt hier gesondert.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt, in 160 Grund- und Förderschulen die Angebote der Offenen Ganztagschule weiterhin für 18.800 Schüler und Schülerinnen bereitzustellen. Dabei sollen die durch die Beschlüsse des Rates vom 24.06.2004, 06.02.2007, 19.06.2007 sowie 10.02.2009 festgelegten Qualitätsstandards grundsätzlich auch ab dem Schuljahr 2010/2011 gewährleistet werden. Die prekäre Finanzsituation der Stadt Köln zwingt jedoch dazu, den freiwilligen Mitteleinsatz vorübergehend – zunächst für den Hpl 2010/2011 – um 5% zu reduzieren. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern des Offenen Ganztags auf dieser Basis – vorbehaltlich der Genehmigung der zum 31.03.2010 fristgerecht beantragten Landesmittel - ab 01.08.2010 abzuschließen.
3. Die für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote erforderlichen kommunalen Mittel in Höhe von insgesamt 12.292.006 Euro zuzüglich der Elternbeiträge und Landesmittel sind im Haushaltsplan 2010 zu veranschlagen. Für das Haushaltsjahr 2011 sind kommunale Mittel in Höhe von insgesamt 12.190.865 Euro zu veranschlagen, zuzüglich der Elternbeiträge und Landesmittel.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
7 (SPD/Grüne/FDP Köln)	4 (CDU)	1 (pro)

4. Der Rat beschließt, für die Durchführung der Ganztagsangebote in bis zu 173 Gruppen in Schulen der Sekundarstufe I weiterhin kommunale Mittel in Höhe von

insgesamt 1.032.996 Euro abzüglich einer vorübergehenden Einsparung von 5% (= 51.650 Euro) zur Verfügung zu stellen. Die Finanzmittel sind im Haushaltsplan 2010/2011 in Höhe von 981.346 Euro zu veranschlagen. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

4. Änderungsantrag:

Der Rat beschließt, für die Durchführung der Ganztagsangebote, die an den Schulen im SEK I im Schuljahr 2010/2011 eingerichtet werden, die kommunalen Mittel in Höhe von insgesamt 1.032.996 Euro abzüglich einer vorübergehenden Einsparung von 5% (= 51.650 Euro) zur Verfügung zu stellen. Die Finanzmittel sind im Haushaltsplan 2010/2011 in Höhe von 981.346 Euro zu veranschlagen. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
3 (Grüne/FDP)	4 (CDU)	4 (SPD)

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern der Ganztagsangebote in Schulen der Sekundarstufe I für das Schuljahr 2010/2011 auf dieser Basis abzuschließen.

6. Der Rat fordert das Land auf, sich an den Kosten zur Finanzierung des Offenen Ganztags in höherem als bisherigem Maße zu beteiligen. Insbesondere sollte sich dies auch beziehen auf die Deckung von Kosten, die durch den erhöhten Betreuungs- und Förderbedarf von Kindern mit Behinderung entstehen. Außerdem sollte die seit 2003 unveränderte Förderhöhe angepasst werden, um einerseits den durch die Kommune erbrachten Eigenanteil reduzieren und andererseits die durch die Trägervereine zu kompensierenden Tarifierhöhungen ausgleichen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
7 (SPD/Grüne/FDP Köln)	4 (CDU)	1 (pro)

Abschließend wird die Beschlussvorlage, wie von der Verwaltung vorgelegt, in Gänze zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
7 (SPD/Grüne/FDP Köln)	4 (CDU)	1 (pro)

Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss stellt die Punkte 1 bis 3 der Beschlussvorlage zur Abstimmung sowie 5 bis 6 und bringt zu Punkt 4 einen Änderungsantrag ein.

Beschluss:

7. Der Rat beschließt, in 160 Grund- und Förderschulen die Angebote der Offenen Ganztagschule weiterhin für 18.800 Schüler und Schülerinnen bereitzustellen. Da-

bei sollen die durch die Beschlüsse des Rates vom 24.06.2004, 06.02.2007, 19.06.2007 sowie 10.02.2009 festgelegten Qualitätsstandards grundsätzlich auch ab dem Schuljahr 2010/2011 gewährleistet werden. Die prekäre Finanzsituation der Stadt Köln zwingt jedoch dazu, den freiwilligen Mitteleinsatz vorübergehend – zunächst für den Hpl 2010/2011 – um 5% zu reduzieren. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

8. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern des Offenen Ganztags auf dieser Basis – vorbehaltlich der Genehmigung der zum 31.03.2010 fristgerecht beantragten Landesmittel - ab 01.08.2010 abzuschließen.
9. Die für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote erforderlichen kommunalen Mittel in Höhe von insgesamt 12.292.006 Euro zuzüglich der Elternbeiträge und Landesmittel sind im Haushaltsplan 2010 zu veranschlagen. Für das Haushaltsjahr 2011 sind kommunale Mittel in Höhe von insgesamt 12.190.865 Euro zu veranschlagen, zuzüglich der Elternbeiträge und Landesmittel.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
11 (SPD/Grüne/FDP Freie Jugendhilfetr.)	1 (CDU)	1 (Die Linke)

10. Der Rat beschließt, für die Durchführung der Ganztagsangebote in bis zu 173 Gruppen in Schulen der Sekundarstufe I weiterhin kommunale Mittel in Höhe von insgesamt 1.032.996 Euro abzüglich einer vorübergehenden Einsparung von 5% (= 51.650 Euro) zur Verfügung zu stellen. Die Finanzmittel sind im Haushaltsplan 2010/2011 in Höhe von 981.346 Euro zu veranschlagen. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

4. Änderungsantrag:

Der Rat beschließt, für die Durchführung der Ganztagsangebote, die an den Schulen im SEK I im Schuljahr 2010/2011 eingerichtet werden, die kommunalen Mittel in Höhe von insgesamt 1.032.996 Euro abzüglich einer vorübergehenden Einsparung von 5% (= 51.650 Euro) zur Verfügung zu stellen. Die Finanzmittel sind im Haushaltsplan 2010/2011 in Höhe von 981.346 Euro zu veranschlagen. Über die Höhe der Fördermittel ab dem Schuljahr 2011/2012 ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
8 (Grüne/FDP/freie Jugendhilfetr. (SPD))	2 (CDU/Die Linke)	3

11. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kooperationsvereinbarungen mit den Trägern der Ganztagsangebote in Schulen der Sekundarstufe I für das Schuljahr 2010/2011 auf dieser Basis abzuschließen.
12. Der Rat fordert das Land auf, sich an den Kosten zur Finanzierung des Offenen Ganztags in höherem als bisherigem Maße zu beteiligen. Insbesondere sollte sich dies auch beziehen auf die Deckung von Kosten, die durch den erhöhten Betreuungs- und Förderbedarf von Kindern mit Behinderung entstehen. Außerdem sollte die seit 2003 unveränderte Förderhöhe angepasst werden, um einerseits den durch die Kommune erbrachten Eigenanteil reduzieren und andererseits die durch die Trägervereine zu kompensierenden Tarifierhöhungen ausgleichen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
12	1 (CDU)	

Abschließend wird die Beschlussvorlage unter Einbeziehung des Änderungsantrages zu Punkt 4 in Gänze zu Abstimmung gestellt

Abstimmungsergebnis:

Ja	Enthaltung	Nein
8 (SPD/Grüne/FDP Linke)	1 (CDU)	1 (Die Linke)

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

6.2 Mitteilung der Vorsitzenden

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

6.3 Mitteilungen der Verwaltung

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

7 Anfragen

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

8 Verschiedenes

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss

11.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

Ausschuss Schule und Weiterbildung

Jugendhilfeausschuss